

Mehr Geld für den Verbraucherschutz

KIEL Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein (VZSH) bekommt mehr Geld: Im kommenden Jahr stehen für die Beratungen 1,84 Millionen Euro zur Verfügung - das sind 330 000 Euro mehr als derzeit. Seit 2017 hat sich der Zuschuss aus dem Landeshaushalt damit sogar verdoppelt. „Die VZSH hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, neue und steigende Herausforderungen, unter anderem durch die Digitalisierung, frühzeitig zu erkennen, die passenden Konzepte hierfür zu entwickeln und diese beherzt umzusetzen“, erklärte Verbraucherschutzminister Claus Christian Claussen (CDU). Mit den jetzt vom Landtag bewilligten zusätzlichen Fördermitteln soll vorrangig die Verbraucherberatung rund um das Thema der Energiewende ausgebaut und verstetigt werden. *kim*

Angst vor Hackern: Landtag nimmt Webseite vom Netz

KIEL Aus Sicherheitsgründen nimmt der Landtag seine Internetseite voraussichtlich bis Weihnachten vom Netz. Die Verwaltung reagiere auf eine Schwachstelle im Bereich von Java-Anwendungen und die Empfehlung, betroffene Systeme abzuschalten, teilte eine Parlamentssprecherin mit. Über Neuigkeiten und Termine will das Parlament in der Zwischenzeit auf Twitter (@ltshNews) und auf Instagram (@landtag_sh) informieren. *lno*

AUDIO SNACK

Wissen was los ist - in wenigen Minuten. Heute im Audio Snack: Deutsch-dänische Grenze: So geht es Inga Rasmussen und Karsten Tüchsen Hansen.



Einfach Code scannen und reinhören. Oder unter: www.shz.de/audiosnack

Abonnieren Sie jetzt den Audio Snack in Ihrer News App:

1. Einstellungen
2. Push-Benachrichtigungen
3. nach unten scrollen
4. Haken bei Audio Snack setzen

HAMBURG Mehr als 360 Kilogramm Kokain haben Zollfahnder im November im Hamburger Hafen sichergestellt. Das Rauschgift sei in Mengen von je 30 bis 50 Kilo in Kühlcontainern mit Obst aus Mittel- und Südamerika versteckt gewesen, teilte das Zollfahndungsamt gestern mit. Der Straßenverkaufswert hätte mehr als 40 Millionen Euro betragen. Das Kokain sei hinter den Wartungskappen der Kühlcontainer entdeckt worden. Die offizielle Ladung habe vor allem aus Trauben aus Peru bestanden.

Zollfahnder hätten die Container nach einer Risikoanalyse für eine Kontrolle ausgewählt. Die Stahlboxen seien in einer Prüfanlage mit modernster Röntgentechnik

durchleuchtet worden. Auch Drogenspürhunde zum Einsatz gekommen.

Im Februar hatte der Zoll in Hamburg 16 Tonnen Kokain in Containern aus Paraguay entdeckt. Es habe sich um die größte jemals in Europa sichergestellte Kokainmenge gehandelt, hieß es. Im Zusammenhang mit dem Fund und der Sicherstellung von weiteren 7,2 Tonnen des Rauschgifts in Antwerpen war ein Mann in der Nähe von Rotterdam festgenommen worden. „Die Ermittlungen dauern an“, sagte der Sprecher des Zollfahndungsamts Hamburg, Stephan Meyns. Die insgesamt gut 23 Tonnen Kokain hätten nach Angaben des Zolls im Straßenhandel mehrere Milliarden Euro eingebracht. *lno*



Hoch konzentriertes Kokain: Ein Zollbeamter präsentiert den jüngsten Drogenfund bei einer Pressekonferenz in Hamburg. Foto: Christian Charisius/dpa

Rechtsanwalt verklagt die Haspa

Nach Kernbohrer-Coup: Bis heute keine Entschädigung für die Besitzer der 600 geknackten Schließfächer

Eckard Gehm

Die Polizei hat eine erste Spur, vermutet die Täter des Kernbohrer-Coups von Norderstedt innerhalb des Berliner Remmoclans. Für die 600 Haspa-Kunden, deren Schließfächer aufgebrochen wurden, gibt es hingegen noch keine guten Nachrichten. Bis heute warten sie auf ihre Entschädigung.

Verbraucherschutzanwalt Jürgen Hennemann, der nach eigenen Angaben über ein Dutzend Geschädigte vertritt, spricht von einer bewussten Verzögerungstaktik und will die Hamburger Sparkasse nun auf Schadenersatz verklagen.

„Ich bin jederzeit Gesprächsbereit für eine außergerichtliche Einigung, wenn angemessene Abschlagszahlungen erfolgen, die einen Einigungswillen erkennen lassen“, betont Hennemann. Aber auch vier Monate nach dem Einbruch seien bislang weder Abschlagszahlungen geleistet worden, noch gebe es ein Haftungsanerkennnis seitens der Haspa.

„Die Haspa vermeidet es kategorisch, sich zu dem gegen sie erhobenen Vorwurf des sicherheitstechnischen Totalversagens konkret zu äußern und zerfließt stattdessen in Selbstmitleid über den arbeitstechnischen Mehraufwand, der aus der Dysfunktionalität ihrer Sicherheitsinfrastruktur resultiert“, kritisiert der Fachanwalt – vermutet dahinter allerdings auch eine Strategie. „Es ist deutlich erkennbar, dass die Haspa auf eine systematische Zermürbung ihrer Kunden setzt anstatt den Zahlungsprozess einzuleiten.“ Er habe den Verdacht, dass auf diese Weise möglichst viele Geschädigte zu einem vollständigen Forgive-and-forget oder zur Bereitschaft gedrängt werden sollten, sich unter Wert abfinden zu lassen.

„Auf diesem Wege dürfte es weiterhin mit nicht anwaltlich vertretenen Geschädigten zu wiederholten, verhörrartigen Gesprächen kommen, die substanz- und ergebnislos verlaufen werden“, warnt der Jurist. Und: „Aus diesem Grund haben erste Geschädigte, die wir vertre-

ten, den außergerichtlichen Dialog mit der Haspa abgebrochen, gegen die nun alsbald Schadenersatzklagen beim Landgericht Hamburg eingereicht werden.“

Warum sind bislang keine Abschlagszahlungen erfolgt? Und warum gibt es kein Haftungsanerkennnis? Haspa-Sprecherin Stefanie von

„Es ist deutlich erkennbar, dass die Haspa auf systematische Zermürbung ihrer Kunden setzt.“

Jürgen Hennemann
Verbraucherschutzanwalt

Carlsburg sagt: „Abschlagszahlungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen.“ Die geplanten Regulierungsgespräche zielten auf eine fallabschließende Regulierung. Und für ein Haftungsanerkennnis gebe es wegen der mit den Kunden getroffenen vertraglichen Vereinbarungen und den Sicherheitsvorkehrungen in der Filiale keinen Grund. Damit stellt

die Haspa klar, dass sie keine Sicherheitsmängel sieht. Ermittler hingegen haben das Fehlen von Erschütterungsmeldern im Tresorraum aktienkundig gemacht.

Rechtsanwalt Hennemann vertritt daher die Auffassung, dass die Sparkasse nicht allein mit den zugesicherten 40 000 Euro pro Schließfach haftet, sondern auch für Verluste geradestehen muss, die über diese Summe hinaus gehen, sollte das Institut durch mangelnde Sicherung schuldhaft gehandelt haben. Wegen des versuchten Kernbohrer-Angriffs in ihrer Filiale in Altona sei die Haspa gewarnt gewesen, hätte in allen ihren Tresorräumen die Sicherungstechnik modernisieren müssen, ist der Jurist überzeugt. Da dies offenbar nicht erfolgt sei, liege ein sogenanntes „qualifiziertes Verschulden“ vor. Und es sei seit Jahrzehnten gefestigte Rechtsprechung, dass bei einem solchen Verschulden eine Haftungsbegrenzung rechtlich nicht möglich sei und entsprechende AGBs unwirksam seien.

Für einen Mandanten, der den Inhalt seines Schließ-

fachs extrem gut dokumentiert habe, hat Hennemann deshalb eine Abschlagszahlung von 90 000 Euro gefordert, die aber nicht gezahlt wurde. Dieser Kunde werde zu den ersten gehören, die nun klagten.

Die Haspa beharrt auf der Haftungsobergrenze, von Carlsburg erklärt dazu: „Haftungsobergrenzen sind seit langem Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen bei der Anmietung von Schließfächern.“ 2017 sei die Obergrenzen zu Gunsten der Kunden auf die heute geltenden 40 000 Euro je Schließfach verdoppelt worden.

Wann können die Kunden mit einer Entschädigung rechnen? Wie von Carlsburg erklärt, sei persönlich mit allen Schließfachinhabern gesprochen und eine Bestandsaufnahme der Inhalte vorgenommen worden. „200 Kunden, also ein Drittel der betroffenen Schließfachinhaber, wollen wir bis Ende des Jahres reguliert haben“, sagt von Carlsburg. „Parallel arbeiten wir an den restlichen Fällen mit Hochdruck weiter, um auch hier zeitnah eine Lösung zu finden.“

Landtag lost aus, wer Bundespräsidenten wählt

27 Vertreter aus Schleswig-Holstein wählen am 13. Februar das Staatsoberhaupt mit

KIEL Die Zahl ging nicht ganz auf. Deshalb musste der Landtag gestern nach dem Mehrheitswahlverfahren unter mehreren Fraktionen auslosen, wer den letzten Platz aus Schleswig-Holstein in der Bundesversammlung einnehmen kann. Am Ende zog Beisitzer Ole Plambeck (CDU) aus dem Lostopf von Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer (FDP) die Grünen her-

aus, für die deren Fraktionschefin Eka von Kalben nun am 13. Februar den Bundespräsidenten wählen kann.

Sie ist eine von 27 Schleswig-Holsteinern in der Bundesversammlung. Die FDP hat mit drei genau wie SSW und AfD mit jeweils einem Abgeordneten nur Landespolitiker bestimmt. Für die Grünen wird als einziger Nicht-Politiker unter den vier Mitgliedern der 18-jäh-

rige Dominik Eggert in die Bundesversammlung einziehen, der unter anderem in einer Jugendfeuerwehr aktiv ist. Die SPD schickt in ihrem siebenköpfigen Team die Frisörin Wiebke Exner und den Pflege-Azubi Lynn Boyesen ins Rennen – dazu den Gitarristen der Kieler Erfolgsband „Leoniden“, Felix Eicke.

Unter den elf Entsandten der CDU sind mit Ute Vol-

quardsen von der Landwirtschaftskammer und Nina Eskildsen vom Landesverband des Kfz-Gewerbes gleich zwei Frauen, die sich selbst Präsidentin nennen können.

Und bei der Wahl werden mit Thomas Losse-Müller (SPD), Daniel Günther (CDU) und Monika Heindl (Grüne) die drei Spitzenkandidaten der Landtagswahl aufeinander treffen. *ky*



Schwenkt das Los-Glas: Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer (FDP). Foto: Axel Heimken/dpa